

NEWSLETTER JUNI 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

nach Jahrzehnten gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung hat der Deutsche Bundestag den Ausstieg aus der Atomenergie mit großer Mehrheit beschlossen. Auch wenn der Ausstieg von einer schwarz-gelben Bundesregierung vollzogen wird, ist er für uns Grüne ein riesiger politischer Erfolg. Wie keine andere Partei haben wir jahrzehntelang gegen die Hochrisikotechnologie Atomenergie gekämpft, weil sie technisch nicht beherrschbar ist und giftigen Müll hinterlässt, für dessen sichere Entsorgung es weltweit keine Lösung gibt.

Noch vor wenigen Monaten haben Union und FDP ihr Energiekonzept mit der Laufzeitverlängerung als „Revolution“ und „Meilenstein“ gefeiert. Knapp acht Monate später ist es mit der zurückgenommenen Laufzeitverlängerung wertlos und liegt in den Papierkörben derjenigen, die es einst bejubelten.

Eine spannende und faire Debatte gab es am vergangenen Samstag auf dem Sonderparteitag der Grünen zum Atomausstieg in Berlin. Als einzige Partei haben wir uns das Votum für die Abstimmung im Bundestag mit unserer Basis erarbeitet. Das klare Votum für ein „Ja“, der Änderung der Atomgesetznovelle zuzustimmen und die sieben ältesten Meiler plus dem Pannenreaktor Krümmel sofort abzuschalten, die Laufzeitverlängerung zurückzunehmen und allen Atomkraftwerken ein festes Abschaltdatum zu geben ist richtig. Dafür habe ich mich in den letzten Wochen in der Partei eingesetzt und freue mich, dass dieser Kurs eine klare Mehrheit auf dem Bundesparteitag nach einer intensiven und sachlichen Debatte gefunden hat.

Wie bereits in den vergangenen Monaten war das Thema Atomausstieg und die sog. „Energiewende“ mit den insgesamt acht Gesetznovellen natürlich das alles beherrschende Thema der Arbeit im Bundestag. Dennoch gibt es auch weitere interessante Neuigkeiten im Energiebereich. Diese finden Sie wie immer in meinem aktuellen Newsletter.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

- 1) Für die Energiewende braucht es die Grünen
 - 2) Probleme bei Kohle-Kraftwerksbauten
 - 3) Auswertung zum Fachgespräch Kraft-Wärme-Kopplung
 - 4) CCS – Weiterhin viele offene Fragen
 - 5) Debatte im Bundestag über Grünen Antrag zu Unkonventionellem Erdgas
 - 6) Das Jugendparlament – Bundestagsabgeordneter für vier Tage
 - 7) Termine
3. Juli: Atomkraft – Nein Danke! Demo in Gronau
9. Juli: GAR NRW zur kommunalen Energiepolitik in Oberhausen

1) Für die Energiewende braucht es die Grünen

Beim außerordentlichen Parteitag der Grünen haben die Delegierten ein klares Signal gesendet – sie empfahlen den grünen Abgeordneten im **BESCHLUSS**, bei der Abstimmung am 30. Juni 2011 für eine Rücknahme der Laufzeitverlängerung, für die Altmeiler plus Krümmel und für feste Abschaltzeiten der restlichen AKW zu stimmen. Wir können uns damit gestärkt für einen Atomausstieg und eine offene und wissenschaftlich fundierte Endlagersuche einsetzen. Doch damit ist die Arbeit nicht beendet, sondern es wartet weiterhin viel Arbeit auf uns, um die in aller Eile beschlossenen sieben Energiegesetze, die in völlig überhasteter Beratung durch den Bundestag gepeitscht wurden und viele Handwerksfehler und falsche Weichenstellungen beinhalten, zu korrigieren.

Dazu haben wir bereits in dieser Woche über 30 Anträge in die Ausschüsse und in das Plenum eingebracht, die die CDU/CSU/FDP-Koalition aber allesamt abgelehnt hat. Abgesehen von der Atomgesetznovelle und der Änderung schiffrechtsrechtlicher Vorschriften sahen wir keine Möglichkeit der Zustimmung aller anderen Gesetze (insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften) aufgrund gravierender Mängel für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Den wer aussteigen will, muss auch einsteigen.. Eine Übersicht der wichtigsten Grünen Anträge findet sich **HIER**.

Das Ziel heißt einmal mehr, möglichst bald die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbare, Energieeffizienz und Energiesparen zu erreichen und dies ohne die klimaschädliche Kohle. Alle weiteren Infos finden sich **HIER** sowie für eine Einzelbewertung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung **HIER**. Ein ausführliches Interview mit mir im Bereich Presseecho findet sich **HIER**.

2) Probleme bei Kohle-Kraftwerksbauten

Massive Schwierigkeiten mit dem Bauträger Stahl verzögern die Inbetriebnahme von fast allen im Bau befindlichen oder bereits fertigen, neuen Kohlekraftwerken. Ursache ist der Stahltyp T 24, der vor allem für die Kessel der Kohlekraftwerke verwendet wird. Normalerweise soll er höhere Drücke und Temperaturen aushalten. Dies soll den Wirkungsgrad auf 45 Prozent anheben. Die jetzt aufgetretenen Probleme führen nun jedoch nicht nur zu Verzögerungen beim Bau, sondern vor allem zu deutlichen Kostensteigerungen für die Investoren. Neben ihrer Klimaschädlichkeit und ihrer fehlenden Flexibilität werden neue Kohlekraftwerke auch immer mehr zum wirtschaftlichen und technischen Desaster. Weitere Infos finden sich **HIER**.

Trotz aller Probleme mit neuen Kohlekraftwerken will die schwarz-gelbe

Bundesregierung neue Projekte nun auch noch mit Steuergeldern fördern. Statt auf die Zukunft bei der Energiewende zu setzen, macht Union und FDP hier genau den gleichen Fehler wie vor einigen Monaten bei der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Sie hält an einer Technologie fest, die schon von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist auf dem Weg hin zu den Erneuerbaren Energien. Die Antworten der Bundesregierung auf meine Fragen finden sich ab PDF-Seite 68 **HIER**. Weitere Fragen haben wir für die kommende Woche im Plenum dazu eingereicht.

3) Auswertung zum Fachgespräch Kraft-Wärme-Kopplung

Am 10. Juni fand auf Einladung der Bundestagfraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein Fachgespräch zum Thema Kraft-Wärme Kopplung (KWK) statt. Insgesamt sieben Experten stellten dar, wie aus Ihrer Sicht der Ausbau der KWK endlich vorangebracht werden kann. Seit Jahren stagniert deren Anteil bei etwas mehr als 12 Prozent, dabei hatte die damalige Große Koalition schon im Jahr 2008 in ihren Meseberger Beschlüssen bereits angekündigt, den Anteil der KWK auf 25 Prozent ausbauen zu wollen. Das der KWK-Ausbau derart stagniert, liegt vor allem an den mangelnden Anreizen im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) und bürokratischen Hemmnissen, wie im Fachgespräch deutlich wurde. Entgegen ihrer ursprünglichen Ankündigung hat die Bundesregierung im Rahmen der Energiewende kein Eckpunktepapier zur KWKG-Novelle vorgelegt. Stattdessen hat sie nun lediglich zwei kleine Änderungen am Gesetz durchgeführt, die zwar in die richtige Richtung gehen, aber bei Weitem nicht ausreichen. Die eigentliche Novelle des KWKG soll nun erst in den kommenden Monaten erfolgen. Welche Änderungen aus Sicht der Experten notwendig wären und die einzelnen Präsentationen finden sich **HIER** genauso wie unseren umfangreichen Grünen Änderungsantrag zum KWKG um den Ausbau zu forcieren.

4) CCS – Weiterhin viele offene Fragen

Der von der schwarz-gelben Bundesregierung im April vorgelegte Gesetzentwurf zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (**CCS-Gesetz**) ist weiterhin unter Experten umstritten und lässt viele Fragen offen. Dies ist das Ergebnis der öffentlichen **Anhörung des Umweltausschusses** Anfang Juni im Bundestag. Pikant ist, dass die Deckungsvorsorge im Schadensfall nur für ein Jahr nachgewiesen werden muss. Die Ausgestaltung der Haftung wird erst später in Verordnungen festgelegt und dabei am Parlament vorbei. Auch wurde bestätigt, dass die Länderklausel ohne Wirkung ist und damit ein Ausschluss ganzer Bundesländer nicht möglich ist – entgegen den Äußerungen der Bundesregierung also. Die FDP hatte dazu eine Abschwächung der Länderklausel im Berichterstatter-Gespräch der Koalition am 28. Juni durchgesetzt, die jedoch zwei Tage darauf wieder einkassiert wurde. Die Landesregierung in Kiel hat sich dazu klar positioniert, wie die **Pressemitteilung** zeigt. Einmal mehr wird deutlich, der Gesetzentwurf ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Besonders prekär ist zudem, dass lediglich durch drei Änderungen im „Demonstrations-Gesetz“ das Gesetz in ein dauerhaftes Gesetz umgewandelt werden kann. In der nächsten Woche soll das CCS-Gesetz im Bundestag verabschiedet werden. Dazu lohnt sich dann ein Blick auf meine Homepage in der kommenden Woche wo sie meine Rede und weitere Infos finden.

5) Debatte im Bundestag über Grünen Antrag zu Unkonventionellem Erdgas
Am 30. Juni stand der Antrag der Grünen Bundestagsfraktion **Transparenz und Kontrolle bei der Förderung von Unkonventionellem Erdgas in Deutschland** auf der Tagesordnung des Bundestages. Wir fordern darin u.a. den Verzicht auf den Einsatz trinkwassergefährdender Stoffe bei Bohrungen nach der Fördermethode des sogenannten „Hydraulic Fracturing“. Weiterhin problematisch ist die ungeklärte Frage der Entsorgung des häufig mit Schwermetallen und radioaktiven Stoffen belastete Lagerstättenwasser sowie der hohe Flächenverbrauch. Der große Bedarf an Wasser führt außerdem zu einem sehr hohen Verkehrsaufkommen, da das gesamte Wasser mit LKWs angeliefert werden muss. Dies wirkt sich auch negativ auf die Klimabilanz des an sich im Vergleich zur Kohle schadstoffärmeren Erdgas aus. Am letzten Juni-Tag ging diese Rede im Bundestag zu Protokoll mit den Reden aller Parteien. Darin wird wieder einmal deutlich, dass etwa die FDP augensichtlich Konzerninteressen höher gewichtet als die Belange der BürgerInnen. Alle Reden finden sich **HIER** ab PDF-Seite 219.

6) Das Jugendparlament – Bundestagsabgeordneter für vier Tage

Anfang des Monats gab es für 312 Jugendliche aus ganz Deutschland ein besonderes Ereignis: Sie durften auf Einladung der Bundestagsabgeordneten für vier Tage spielerisch die Leitung von Deutschland übernehmen. So auch der 17-jährige Thiago César, der auf Einladung von Oliver Krischer am „Spiel“ mitmachen konnte. Möglich gemacht hat das eine jährlich stattfindende Initiative des Deutschen Bundestages, **Jugend und Parlament**, die Jugendlichen im Alter von 16-20 Jahren die Gelegenheit gibt, wie ein richtiger Abgeordneter in Fraktionen, Landesgruppen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen und im Plenum Gesetzesinitiativen zu debattieren und zu entscheiden. Die Eindrücke der vier Tage finden sich **HIER**.

7) Termine

3. Juli: Atomkraft – Nein Danke! Demo in Gronau

Bereits der 300. Sonntagsspaziergang findet am Sonntag, den 3. Juli ab 13 Uhr, an der Urananreicherungsanlage in Gronau statt. Denn auch wenn der Atomausstieg nun nach dem überfälligen Einknicken der Bundesregierung spätestens 2022 endgültig Geschichte ist, so gehört zu einem wirklichen Ausstieg auch die Beendigung der Urananreicherung. Bis heute wird im nordrhein-westfälischen Gronau – in der einzigen kommerziellen Urananreicherungsanlage in Deutschland – Uran für die Verwendung in Kernkraftwerken in der ganzen Welt angereichert. Gegen diese Praxis gilt es ein Zeichen zu setzen. Weitere Infos zum Demoverlauf finden sich **HIER**.

9. Juli: GAR NRW zur kommunalen Energiepolitik in Oberhausen

Die Europa-, Bundes- und Landespolitik kann nur Rahmenbedingen für die Energiewende setzen. Umgesetzt werden muss sie mit konkreten Projekten in den Kommunen vor Ort. Die kommunalpolitische Vereinigung Grüne Alternative in den Räten e.V. (GAR) hat zu den Möglichkeiten kommunaler Energiepolitik am 09., Juli 2011 in Oberhausen eine Ganztagsveranstaltung organisiert. Mehr dazu auf www.gar-nrw.de